

Große Koalition leistet ständig Beihilfe zu Bushs Angriffskriegen!



LUFTPOST-Fotomontage

Wann endlich hört auch die Bundesregierung auf, die gefährliche, verfassungswidrige Kriegspolitik Bushs zu unterstützen?

Fast drei Viertel aller US-Amerikaner lehnen nach einer Umfrage vom 23.01.07 Bushs aggressive Politik und seine so genannten "Kriege gegen den Terror" im Irak und in Afghanistan ab. Nur noch 10 Prozent halten einen "Sieg" im Irak für möglich. Nur noch 17 Prozent der Befragten glauben, dass unter Bush die USA sicherer vor "Terroristen" geworden sind. Schlechtere Umfragewerte hatte nur US-Präsident Nixon, kurz vor seinem Rücktritt wegen der Watergate-Affäre.

Weltweiter Widerstand gegen Erweiterungspläne des US-Militärs

An vielen US-Standorten in anderen Ländern wächst der Widerstand gegen das US-Militär und Bushs Kriege. In Pyeongtaek in Süd-Korea halten Einheimische ihre für die Erweiterung des US-Stützpunktes Camp Humphreys enteigneten Häuser und Grundstücke trotz gerichtlicher Räumungsbescheide besetzt. Das süd-koreanische Verteidigungsministerium erwägt eine Vertagung des für 2008 geplanten US-Umzuges auf das Jahr 2013 (STARS AND STRIPES, 19.12.06 und 05.01.07).

Auf der japanischen Insel Okinawa wehren sich die Einwohner gegen das Anlegen eines neuen Flugplatzes im Camp Schwab und verlangen höhere Entschädigungen wegen des Fluglärms, der von der Air Base Kadena ausgeht (STARS AND STRIPES, 29.12.06 und 24.01.07).

In Italien schlägt die geplante Erweiterung der US-Basis Vicenza um den Flugplatz Dal Molin hohe Wellen. Italienische Politiker stellen die Nutzung der US-Basen in ihrem Land für die Angriffskriege der Bush-Administration in Frage und fordern eine Diskussion über die Rolle der NATO in den laufenden Konflikten (s. LP 017/07, 018/07 und 019/07).

Merkel und Steinmeier unterstützen Bushs völkerrechtswidrigen Kriegskurs

Hatte die rot/grüne Koalition noch versucht, ihre zahlreichen Hilfeleistungen für Bush und Konsorten möglichst zu kaschieren, so macht die schwarz/rote Koalition kein Geheimnis mehr daraus, dass sie die aggressive US-Welteroberungspolitik voll unterstützt. Als die US-Außenministerin Condoleezza Rice bei ihrem jüngsten Berlin-Besuch gefragt wurde, ob Kanzlerin oder Außenminister Kritik an der "neuen Irak-Strategie" Bushs geäußert hätten, antwortete sie: "Ich empfand die deutsche Regierung als ziemlich verständnisvoll für das, was wir zu tun versuchen." (SPIEGEL, 22.01.07)

Einführend in das neue "Weißbuch zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr" verkündet Bundeskanzlerin Angela Merkel: "Wir müssen uns den Bedrohungen stellen, die sich aus dem internationalen Terrorismus, der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, regionalen Konflikten und der organisierten Kriminalität ergeben. ... Unsere Außen- und Sicherheitspolitik ruht gleichgewichtig auf der europäischen Einigung und der transatlantischen Partnerschaft. Nur wenn wir unsere Kräfte bündeln, wenn wir beide Pfeiler weiterentwickeln, werden wir die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts meistern können. ... **Dazu gehört auch, dass wir uns an internationalen Friedenseinsätzen im Rahmen von Völkerrecht und Grundgesetz beteiligen.** ... Eine vorausschauende und nachhaltige, letztlich erfolgreiche Sicherheitspolitik muss zivile und militärische Instrumente aufeinander abstimmen und zum Einsatz bringen. Die Bundeswehr ist eines dieser Instrumente."

Die Berufung auf das Völkerrecht und unser Grundgesetz ist blanker Hohn. Das Völkerrecht hat den Angriffskrieg als das größte Verbrechen geächtet, und nach Art. 26 unseres Grundgesetzes ist die Vorbereitung und Führung eines Angriffskrieges ausdrücklich verboten. Nach Art. 87a darf die Bundeswehr nur zur Verteidigung der Bundesrepublik und ihrer freiheitlichen demokratischen Grundordnung eingesetzt werden.

Nach den eindeutigen Vorschriften unseres Grundgesetzes sind demnach alle Auslandseinsätze der Bundeswehr verfassungswidrig. Deutsche Soldaten hätten sich weder mit Spürpanzern in Kuwait aufhalten noch mit AWACS-Flugzeugen über der Türkei herumkurven oder mit Schiffen vor dem Horn von Afrika kreuzen dürfen, weil damit Bushs illegaler Überfall auf den Irak unterstützt wurde. Weder das Kommando Spezialkräfte / KSK noch die ISAF-Verbände der Bundeswehr haben etwas in Afghanistan verloren. Bundeswehr-Tornados durften weder im Kosovo bombardieren, noch dürfen sie in Afghanistan spionieren, weil Bürger in Uniform nur zu verteidigen und nicht zu intervenieren haben.

Unser Außenminister Frank-Walter Steinmeier hat sich in den Verhandlungen mit dem Iran über dessen Atomprogramm zum Anwalt der erpresserischen Forderung der Bush-Administration machen lassen, dass erst dann weiter verhandelt werden könne, wenn der Iran seine Uran-Anreicherung einstellt. Auch an der Durchsetzung der UN-Sanktionen gegen den Iran war er maßgeblich beteiligt. Ob er in Bagdad BND-Agenten fürs US-Militär spionieren ließ oder im Fall Kurnaz mit der CIA kungelte, Steinmeier war schon immer Bushs Mann in Berlin.

Die Bundeswehr bereitet selbst verbotene Kriegseinsätze vor und verteidigt die verfassungswidrigen Kriegsvorbereitungen der US-Streitkräfte in der Bundesrepublik

Am 20.01.07 berichtete SPIEGEL ONLINE: "Bundeskanzlerin Merkel (CDU) klagte in der vergangenen Woche vor Abgeordneten, sie misstraue mittlerweile den Informationen des Verteidigungsministeriums. Manche Anforderung der Verbündeten (z. B. Aufklärungs-Tornados nach Afghanistan zu schicken) wirke, so Merkel, als habe die Bundeswehr sie selbst bestellt." Nach ihren oben abgedruckten Vorbemerkungen zum neuen Weißbuch ist das wenig glaubwürdig. **Die Bundeswehr weiß sich in all ihrem Tun und Unterlassen von dieser Bundesregierung gedeckt.**

Das **Luftwaffenamt der Bundeswehr** hat am 12.01.07 eine Beschwerde gegen Fluglärm u. a. wie folgt beantwortet: "Ihnen sind alle uns verfügbaren Informationen zum Flugbetrieb im Bereich Saarland / Rheinland-Pfalz mitgeteilt worden. Das Luftwaffenamt ist damit am Ende seiner Möglichkeiten angelangt. Wir können weder den Flugbetrieb der Luftwaffe noch den Flugbetrieb der Alliierten direkt beeinflussen. Die Aufgabe der Abteilung Flugbetrieb besteht darin, Verstöße gegen flugbetriebliche Bestimmungen zu untersuchen. Bleibt der Flugbetrieb innerhalb des gesetzlich vorgeschriebenen Rahmens, haben wir keine Möglichkeit der direkten Intervention.

Der militärische Flugbetrieb ist Teil des Verteidigungsauftrages. Dessen Definition ist nicht Sache der Bundeswehr, sondern Sache der Politik. Die Luftwaffe führt diesen Auftrag innerhalb der gültigen Vorschriftenlage aus. Dasselbe gilt für die fliegenden Verbände der in Deutschland stationierten alliierten Streitkräfte. Wir stellen die Rahmenbedingungen unseres Handelns nicht in Frage, solange die mit den gültigen Gesetzen konform sind."

Generalmajor Gräber, der Chef des Luftwaffenamtes, hat am 16.01.07 zum militärischen Flugbetrieb im Bereich Rheinland-Pfalz / Saarland u. a. Folgendes geäußert: **"Die sicherheitspolitischen und gesamtstaatlichen Rahmenbedingungen erfordern gut ausgebildete und einsatzbereite Streitkräfte, die sowohl für internationale Einsätze, aber auch z. B. für nationale Unglücks- und Katastrophenfälle jederzeit zur Verfügung stehen.** ... Die Einsatzbereitschaft der Luftwaffe und der alliierten Luftstreitkräfte hängt dabei in hohem Maße vom kontinuierlichen Training in verfügbaren Übungslufträumen (wie der TRA Lauter), auch hier in Deutschland ab. ...

Die Bevölkerung der Westpfalz / Saarland ist leider auch von Übungsflügen betroffen, die im Zusammenhang mit der Nutzung des Übungsgebietes POLYgone stehen. Dieses Übungsareal liegt im deutsch-französischen Grenzgebiet und verteilt sich zu jeweils 50

Prozent auf beide Staaten. POLYGON ist in seiner Anlage und mit seinen Ausbildungsmöglichkeiten jedoch für die fliegenden Besatzungen unentbehrlich, um diesen **das Üben in wirklichkeitsnahen Bedrohungsszenarien** zur Sicherstellung der eigenen Überlebensfähigkeit in einem Einsatz zu ermöglichen."

Die Bundeswehr und die US-Streitkräfte tun auf und über unserem Territorium nur das, was die Bundesregierung und der Bundestag zulassen. **Solange Exekutive und Legislative in klarem Widerspruch zu unserem Grundgesetz gestatten, dass sich die Bundeswehr und die US-Streitkräfte auf und über unserem Territorium auf verfassungswidrige Angriffshandlungen vorbereiten und deutsche Soldaten in verbotene internationale Kampfeinsätze schicken, "um die Bundesrepublik am Hindukusch zu verteidigen", können Vertreter der Bundeswehr so argumentieren, wie sie das in den beiden uns in Kopie vorliegenden Schreiben getan haben.**

Unser Grundgesetz darf nicht länger gebrochen werden!

Das Bundesverwaltungsgericht hat in seinem Urteil BVwerG 2 WD 12.04 vom 21.06.05 (s. LP 033/05 und 034/05) klar definiert, was zum erlaubten Verteidigungsauftrag der Bundeswehr gehört, und welche im Zusammenhang mit Angriffskriegen stehenden Handlungen deutschen und ausländischen Truppen auf oder über unserem Territorium zu untersagen sind. Bundesregierung, Bundestag und Bundeswehr wissen also längst was zu tun und was zu lassen ist. Auf jeden Fall muss die Ausbildung der Piloten der Bundesluftwaffe oder anderer Luftstreitkräfte wie der US-Air Force für Kampfeinsätze in den Angriffskriegen in Afghanistan, im Irak und für den geplanten atomaren Luftangriff auf den Iran verboten werden. Auch Lufttransporte zu den genannten Kriegsschauplätzen dürfen nicht von unserem Land aus oder durch unseren Luftraum erfolgen. **Helfen Sie mit, die genannten Herrschaften an ihre Pflicht zur Verfassungstreue zu erinnern und unterschreiben Sie den Ramsteiner Appell (www.ramsteiner-appell.de)!** Wenn unsere Volksvertreter versagen, müssen wir selbst unsere Verfassung schützen.

Ach, iwwerischens ...

Wanns drum geht, em Bush un seine Dunkelmänner ää Gefalle nom anner se due, sinn die Merkel un de Steinmeier, die CDU un die SPD sich äänisch. Die Amis kenne bei uns so veel iewe, wie se wolle, dassa aa jo met ehre Rageede un Atombombe dohie treffe, wo se wolle. Unser Pilode solle ne met unsere Tornados aa noch dodebei helfe, dassa jo alles finne, wasse suche un noch mäa Leit umbringe kenne.

Sinn unser Bollidigger dann all beklobbt odder beschdoch? Die solle doch fer unser Wohl sorsche, Schade vun uns abhalle un unser Grundgesetz veteidische, un vewiggele uns in immer neie Krieche. Jetz langts, ehr Leit, dess derfe mer uns nimmi länger biede losse!

Wichtige Telefonnummern

Luftwaffenamt Köln, gebührenfrei unter der Nummer	0800 / 8620730
Verbindungsbüro Flugplatz Ramstein	06371 / 952655
Innenministerium RLP –Flugbetrieb	06131 / 163382
Staatskanzlei Rheinland-Pfalz Mainz	06131 / 164700
Bürgertelefon Verteidigungsministerium Berlin	01888 / 242424

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern